

**13
81**

Union in Deutschland

Bonn, den 16. April 1981

Unsolide Finanzierung

Die von der Bundesregierung am 8. April 1981 vorgelegten wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse sind ein auf Druck der SPD zustande gekommenes, rein kreditfinanziertes und deshalb schon im Ansatz falsches, verschleiertes Konjunkturprogramm. Es hat sich erneut herausgestellt, daß es trotz einer langen Diskussion nicht möglich ist, die ordnungspolitisch richtigen Einsichten mit der defizitären Haushaltsslage und der dirigistischen Neigung der SPD zu vereinbaren.

Lediglich einige von der Bundesregierung bekanntgegebene Maßnahmen und Zielsetzungen, wie der Ausbau des Individual-Kommunikationsnetzes durch die Bundespost und der Ausbau der Fernwärmeversorgung, sind Schritte in die richtige Richtung und werden von der Union und den unionsregierten Ländern seit langem gefordert. Die in diesen Einzelmaßnahmen zum Ausdruck kommende richtige Zielsetzung, Investitionsanreize zu schaffen und Investitionshemmisse abzubauen, wird aber durch die völlig unsolide Finanzierung der beabsichtigten Maßnahmen letztlich wieder zunichte gemacht.

Ministerpräsident Lothar Späth stellt fest: Nachdem auch Haushaltsexperten der SPD bereits kurz

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ LAGE DER NATION

Der Bericht der Bundesregierung war beschämend und peinlich

Seiten 3-8

■ KOALITION

SPD-Spitzenpolitiker mit Kommunisten gegen NATO

Seite 9

■ REGIERUNG/OPPOSITION

Die Union muß sich vor verkehrten Fronten schützen

Seite 11

■ ENERGIE

Antrag der Union zur Förderung von Sparmaßnahmen

Seite 12

■ JUGEND

Protest ist Ausdruck enttäuschter Hoffnungen durch SPD- und FDP-Politik

Seite 14

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der Jugend Hoffnung geben / Die Parteitagssrede von Heiner Geißler

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Deutsch-amerikanische Partnerschaft — das Fundament unserer Außenpolitik

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

nach Vorlage des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung vor drei Monaten eingeräumt haben, daß die Bundesregierung die ursprünglich vorgesehene Kreditlinie von 27 Milliarden Mark Neuverschuldung um rund 7 Milliarden Mark überschreiten muß, steht zu befürchten, daß die jetzt ergangenen Beschlüsse nochmals zu einer erheblichen zusätzlichen Verschuldung und damit einer Verschärfung der Finanzmisere des Bundes führen werden. Wenn sich die Bundesregierung nunmehr mit 6,3 Milliarden Mark auf dem internationalen Kapitalmarkt neu verschulden will, so ist das ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Konsolidierungsversuche des Bundes-

haushalts endgültig als gescheitert angesehen werden müssen.

Die Finanzierung staatlicher Aufgaben über eine Kreditaufnahme, betont Walther Leisler Kiep, führt zu einem Schattenhaushalt, der sich weitgehend der parlamentarischen Kontrolle entzieht. Die Umstände der Kreditaufnahme lassen finanzpolitisch durchaus eine Entwicklung befürchten, wie wir sie schon einmal durch eine Einführung der sogenannten Mefo-Wechsel erlebt haben.

Kapitalimporte zur Finanzierung politischer Maßnahmen sind nur bedingt für den Zahlungsbilanzausgleich tauglich. Sie können kein Ersatz für die Schaffung eines stabilen Investitionsklimas sein, das für ausländische Anleger ausreichend attraktiv ist. In entsprechendem Umfang werden solche Kapitalimporte mit der Zeit die währungspolitischen Risiken vergrößern, die sich aus der Rolle der DM als Reservewährung und einer kumulierenden Auslandsverschuldung im Falle kurzfristiger Änderung des Anlegeverhaltens ergeben.

Auch eine laufende und sich erhöhende Auslandsverschuldung erfordert ihren Schuldendienst, dessen mittel- bzw. langfristige Auswirkungen auf unsere Zahlungsbilanz nicht unterschätzt werden dürfen.

Die Union fordert die Bundesregierung deshalb auf, zur Wiederherstellung einer ausreichenden wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsfähigkeit

- die politischen Investitionshemmisse im Bereich der Energie-, Kommunikations- und Wohnungsbaupolitik zu beseitigen

- durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt diejenigen Mittel freizusetzen, die zur Vermeidung von Schattenhaushalten erforderlich sind.

Zwei neue Enquete-Kommissionen

Der Bundestag hat zwei neue Enquete-Kommissionen. 1. „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. Vorsitzender dieser Kommission soll MdB Christian Schwarz-Schilling werden. 2. „Jugendprotest im demokratischen Staat“. Hier ist als Vorsitzender Matthias Wissmann vorgesehen.

Nach der Geschäftsordnung des Bundestages teilen die beiden großen Fraktionen die Vorsitzenden unter sich auf, beginnend bei der Union als stärkster Fraktion. Die Koalitionsfraktionen haben der CDU/CSU deshalb den Vorsitz auch der zweiten Kommission zugesanden, weil sie beabsichtigen, wieder eine Kernenergie-Kommission einzusetzen, deren Vorsitz sie dann beanspruchen.

■ LAGE DER NATION

Der Bericht der Bundesregierung war beschämend und peinlich

Wenn wir heute über den Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland diskutieren, in der längsten Zeit des Friedens seit langem und in freiheitlichem Wettbewerb der Meinungen um den besten Weg für das ganze Deutschland ringen können, dann ist dies möglich, weil wir mit dem Westen, im Westen und durch den Westen Frieden und Freiheit gesichert haben, sagte Rainer Barzel in der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland.

In dem Bericht der Bundesregierung, den wir heute hörten, vermag ich beim besten Willen die reale Lage der großen deutschen Nation nicht wiederzuerkennen. Der Bericht war pflichtwidrig, weil er den Auftrag des Parlamentes, einen Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland zu erstatten, willkürlich verengte, weil er das Gebot des Bundesverfassungsgerichtes überging. Der Bericht war dürfzig, weil er weder Horizonte noch Wege aufwies. Der Bericht war kaum eine halbe Wahrheit, weil er Unrecht verschwieg.

Dieser Bericht der deutschen Bundesregierung war beschämend und peinlich, weil er weit hinter dem zurückblieb, was z. B. beiden Häusern des Parlamentes der USA zur Zeit vorliegt.

Was ist zu tun, um diese Lage zu verbessern? Gewiß, mit der DDR reden,

mit Moskau, mit Warschau usw. Aber doch nur im Lichte unserer Erfahrungen reden! Die Erklärung des Kanzlers, reisebereit zu sein auch ohne z. B. die Gewißheit der Herabsetzung beim Zwangsumtausch — das macht doch alle Erfahrungen zum Hohn!

Nicht wieder Kasse gegen Hoffnung; alles nur bei Leistung um Gegenleistung.

Von deutschem Boden dürfe kein Krieg mehr ausgehen. Gut so. Nur: Er geht doch aus. Nicht hier, aber in aller Welt, wo die DDR im Interesse Moskaus und des Weltkommunismus sich an Gewalt beteiligt — und sich dessen auch noch rühmt. Die Bundesregierung kennt das genau, schweigt aber dazu.

Wie mit einer Siegesfanfare verkündete die Bundesregierung einen erneuten Besuch des Herrn Breschnew in Bonn. Präsident Reagan will da erst sprechen, wenn er vorher weiß, was dabei wann herauskommen soll; will nicht sprechen, solange die Realität in Afghanistan und in Polen nicht durch die Sowjetunion verbessert ist.

Hier aber soll nun der dritte Besuch in acht Jahren ins Haus stehen. Käme bei alledem für Deutschland und die Deutschen etwas heraus, dann könnte es meinetwegen schon ein Dutzend sein. Aber das ist doch nicht der Fall! So habe ich einen schlechten Geschmack auf der Zunge, weil hier die Qualität in

Quantität umzuschlagen droht. Er fördert die Mißverständnisse und das Mißtrauen in der Welt.

Und ich denke, dieser Besuch wird mit dem Blick auf den Vorrang der westlichen Solidarität wie auf die Verletzung des Moskauer Vertrags durch den Krieg in Afghanistan — nicht stattfinden, falls Drohung und Gewalt gegen Polen anhalten und ansteigen, falls der Krieg in Afghanistan andauert. Was soll das Gerede von neuen vertrauensbildenden Maßnahmen, solange die Sowjetunion Realitäten vertrauensverletzender Maßnahmen schafft?!

Wenn deutsche Ostpolitik mehr sein soll als das Hinnehmen der kommunistischen Westpolitik, wenn sie weiterkommen will, muß zuerst die Rechnung unserer Westpolitik aufgehen. Wir wiegen in Moskau so viel wie wir im Westen, in Bündnis und Gemeinschaft vornehmlich, gelten. Und da ist vieles im argen.

Im Bündnis fragt man nach der Verlässlichkeit des deutschen Partners. Die Gemeinschaft ist in einer Krise. Wegen der Streichungen in unserem Verteidigungshaushalt drohen europäische Kooperationsprojekte Schaden zu nehmen.

Frankreich zeigt das Ende der Zusammenarbeit in Fragen der friedlichen Verwendung der Kernenergie an, weil es bei uns zu einem De-facto-Stopp des Ausbaus gekommen sei.

Im Westen hört und liest man die immer häufigeren Warnungen und Mahnungen des Herrn Vizekanzlers, deutliche und öffentliche Mahnungen.

Adressat dieser Mahnungen des Kollegen Genscher ist allein sein Koalitionspartner, die SPD. Keiner sonst. Wir bestimmt nicht. Wahrscheinlich aber meint der Herr Bundesaußenminister den Kanzler selbst.

FRITZ ZIMMERMANN:

Positionen nicht leichtfertig räumen

Ich hoffe, der Bundeskanzler hat recht, wenn er sagt, die Pflicht der Deutschen zur Erhaltung des Friedens werde auch von der DDR anerkannt. Denn für uns Deutsche in der Bundesrepublik wäre es doch ein unerträglicher Gedanke, wenn die Soldaten der sogenannten Nationalen Volksarmee der DDR vier Jahrzehnte nach dem Überfall auf Polen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges jetzt an einer Aktion gegen Polen beteiligt wären.

Wir wollen, daß dies nicht geschieht. Doch niemand kann vorhersagen, wie sich die sowjetische Führung im Kreml entscheidet. Unsere Hoffnungen und Gedanken, unsere geistige Solidarität gelten in dieser Stunde dem polnischen Volk.

Wer immer die Illusion hegte, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR könne es unbeschadet der Positionen der Weltmächte ein deutsch-deutsches Sonderverhältnis geben, der hat sich getäuscht.

Alles wirtschaftliche und finanzielle Entgegenkommen der Bundesregierung hat die DDR-Führung nicht von ihrem Abgrenzungskurs abgebracht, im Gegenteil.

Die Bundesregierung rollt weiter auf den eingefahrenen Gleisen des Zahlens ohne gesicherte Gegenleistung und des Noch-mehr-Zahlens bei Erpressungen. Die SED-Führung weiß genau, daß hier immer etwas herauszuholen ist und daß

man die eigenen Positionen stetig verbessern kann.

Die DDR hat zwei Ziele in den Vordergrund gestellt: die Anerkennung einer eigenen Staatsangehörigkeit und die Aufwertung der Ständigen Vertretungen zu regulären Botschaften. Keiner dieser Punkte kann auch nur als Verhandlungsgegenstand akzeptiert werden. Aber immer wieder suchen Politiker der Koalition nach Möglichkeiten, sich am Grundgesetz und am Urteil des Verfassungsgerichts vorbeizulavieren.

Die Bundestagsdebatten der letzten Jahre über die Lage der Nation dokumentieren nach unserer Auffassung einen permanenten deutschlandpolitischen Rückzug von Regierung und Koalition. Auch in der Regierungserklärung des Kanzlers Ende letzten Jahres wurde das deutlich.

Der finanziellen Erpressung, aber auch der geistig-politischen Offensive Honeckers hat die Koalition nichts entgegenzusetzen als ihre Nachgiebigkeit.

Der Kommunismus hat eine offensive Ideologie in Theorie und Praxis. Wir können im Westen auf die Dauer nur bestehen, wenn wir unsere Ideale von Freiheit, von Menschenrechten und in Deutschland den Glauben an die Einheit der deutschen Nation dagegenstellen.

Die deutsche Frage ist derzeit nicht lösbar. Niemand gibt sich hier Illusionen hin. Aber niemand kann auch voraussagen, wie lange der unnatürliche Zustand der gespaltenen Nation andauern wird. Die Aufgabe der frei gewählten Politiker in Deutschland kann es nur sein, das Bewußtsein der einen untrennbarer Nation aufrechtzuerhalten und alles zu unterlassen, was zu einer

Zementierung einer Teilung führen könnte.

Die SED-These von der sozialistischen Nation ist nichts anderes als ein Vehikel, um den Gedanken einer nationalen Einheit in Freiheit zurückzudrängen. Warum bemächtigt sich wohl die DDR der deutschen Geschichte? Jetzt bekannte sie sich zu dem Preußenkönig Friedrich dem Großen und stellt sein Denkmal „Unter den Linden“ in Ost-Berlin wieder auf. Da liegt wohl die Frage nahe, wann der Gestalter des deutschen Kaiserreichs, Otto von Bismarck, zu neuen Ehren kommt, zumal er ja mit den Russen besonders gut gestanden hat.

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine neue organisierte Protestbewegung entstanden, die dort, wo Führungslosigkeit ist, in die Lücken stößt. Ob gegen Bundeswehr, gegen Nachrüstung, gegen Kernenergie, bei San Salvador oder bei den organisierten Hausbesetzern:

Der Kurs wird in fast allen Fällen durch die gleichen Linken und kommunistischen Gruppen bestimmt. Wie hieß die Parole beim Kongreß der Hausbesetzer in Münster, bei den organisierten Rechtsbrechern stand zu lesen: Es geht nicht um Häuser, es geht um das System.

An der Spitze der Anti-NATO-Demonstration in Bonn am letzten Wochenende marschierte der Ableger der SED bei uns, der Vorsitzende Mies von der Deutschen Kommunistischen Partei. In Berlin ließ man den Rechtsbrechern freie Hand. Weit über 100 Häuser sind besetzt. Die Polizei kam staatsanwaltlichen Aufträgen zur Räumung nicht nach. Es erklärt sich jetzt auch, warum der Polizeipräsident das nicht tun wollte: Offenbar war sein eigener Sohn bei einer solchen Hausbesetzung dabei.

RICHARD VON WEIZSÄCKER: Die Zukunfts- perspektiven für Berlin

Die Perspektive für die Zukunft unserer Stadt ist etwas, was nach meinem Gefühl in der jüngsten Regierungserklärung des amtierenden Senats insoweit zu kurz gekommen ist, als dort gesagt wurde, im Bereich der Grundfragen und der kommunalpolitischen Fragen habe Berlin es mit Problemen zu tun, wie sie andere Metropole auch hätten.

Das ist, wie mir scheint, eine Be trachtung, die aus einer anderen als einer Berliner Erfahrungswelt stammt und die für Berlin nicht ausreicht. Selbstverständlich gibt es Wohnungsnot, Generationenkonflikte, Suchtkrankheiten, Planungsprobleme und vieles andere mehr auch woanders. Aber die exponierte Lage Berlins, in der Mitte geteilt, ohne Umland, durch Hunderte von Kilometern von dem einen, durch Mauer und Stacheldraht vom anderen Teil Deutschlands getrennt, unter der Souveränität von Schutzmächten, ohne eigenen Beitrag zur Verteidigung — das alles ist ohne Beispiel in der Welt.

Es verändert die Lebensgewohnheiten. Es hat Einfluß auf die Bevölkerungsstruktur, auf die Altersentwicklung. Die Motive für Menschen, die Berlin verlassen, und umgekehrt für solche Menschen, die nach Berlin kommen — das alles unterscheidet sich gründlich gegenüber jeder anderen Stadt. Es gibt bei uns dieselben Probleme wie woanders auch. Aber sie bekommen bei uns ein qualitativ völlig anderes Gesicht.

Wenn die Lösungen solcher Probleme

in anderen Metropolen verfehlt werden, gibt es Ausweichmöglichkeiten im Umland und anderwärts.

In Berlin ist es anders. Wir können eben nicht ausweichen; wir sind rings vom sowjetischen Einflußgebiet umgeben. Die langfristige Zielsetzung der Sowjetunion und der DDR gegenüber dem freien Teil Berlins hat sich, wie ich meine, nicht geändert. Ich bin der Überzeugung, man verfolgt das Ziel der Isolierung von Berlin (West) gegenüber der übrigen Bundesrepublik Deutschland zur Zeit nicht durch Berlin-Krisen von außen, sondern man setzt in der Tat auf eine langsame innere Auszehrung unserer Stadt.

Das heißt: Mit unseren Fehlentwicklungen und Mängeln im Innern mit Hilfe unserer Stadtpolitik fertig zu werden, ist zugleich auch Bedingung für unsere Sicherheit nach außen.

Niemand leugnet, daß es zu den großen und schweren Aufgaben der heutigen Zeit gehört, sich auch mit Teilen einer jüngeren Generation darüber auseinanderzusetzen, wozu das Recht denn nötig und wozu es da ist. Wir älteren begegnen ja gelegentlich im Gespräch mit jüngeren Menschen der Auffassung: Wie, das Recht? Das ist doch nur ein Instrument der Herrschenden gegen die freien Bürger.

Manche junge Menschen wissen gar nicht, daß es genau umgekehrt ist, daß es nämlich freie und demokratische Bürger waren, die ihrerseits das Recht gegen die Herrschaft und die Diktatur erkämpft haben.

Die Menschen in Ost-Berlin wissen das sehr wohl, denn sie spüren, was sie selber nicht an Recht haben. Um so wichtiger ist unsere Verantwortung, dieses Recht auch zu sichern, dieses Recht als den eigentlichen Fortschritt

des liberalen Rechtsstaates hochzuhalten.

Deshalb ist die Mahnung von unserer Seite eine Mahnung, die zugleich auch der frühere Bürgermeister von Hamburg neulich mit den Worten ausgedrückt hat, daß es eine falsche Duldsamkeit wäre, um des Gesprächserfolges willen mit der Handhabung des Rechts etwas kürzer zu treten.

Wehret den Anfängen, hat er gesagt, ehe es zu spät ist: „in Berlin“ muß man hinzufügen.

Herr Dr. Vogel, ich freue mich, daß Sie sich in dieser heutigen Debatte zu den Schutzmächten und vor allem auch zu der Schutzmacht der Vereinigten Staaten von Amerika bekannt haben. Ich möchte nur hinzufügen, daß ich es bedauere, daß Sie auch heute nicht Gelegenheit genommen haben, eine Thematik klarzustellen, die uns in Berlin nicht nur als Deutsche bedrückt, sondern auf die man auch immer wieder von Amerikanern angesprochen wird; denn es ist nun einmal so, daß auf dem SPD-Landesparteitag in Berlin Ende Februar dieses Jahres unter Ihrer Anwesenheit in einem einstimmig angenommenen Beschuß der Moratoriumsvorschlag von Breschnew in der Nachrüstungsfrage ausdrücklich begrüßt wurde. Wenige Tage später hat der deutsche Außenminister ein Communiqué unterzeichnet, in dem das genaue Gegenteil steht — wie sich überhaupt die Bundesregierung in bezug auf dieses Moratorium in der genau umgekehrten Weise ständig und mit Recht geäußert hat.

Ich kenne kein anderes Beispiel, bei dem sich die Haltung der Bundesregierung und die Haltung der zur Zeit noch führenden Berliner Koalitions- partei in einem wichtigen Punkt so diametral widersprochen haben.

PETER LORENZ:

Nicht der DDR dauernd hinterherlaufen

Es ist notwendig, einmal daran zu erinnern, was wir hier diskutieren: den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. So und nicht anders lautet die ursprüngliche Bezeichnung für diesen Bericht. Seit mehreren Jahren schon hält es jedoch die Bundesregierung für angebracht, in der Überschrift den Hinweis auf das geteilte Deutschland fortzulassen.

Die Bundesregierung muß sich fragen lassen, von welchen Motiven sie sich hierbei leiten läßt. Ist es Rücksichtnahme auf irgendwelche Empfindlichkeiten jenseits der innerdeutschen Grenze? Ist es die Befürchtung, daß eine ausdrückliche Bezugnahme auf das geteilte Deutschland nicht so recht in eine Entspannungslandschaft passe?

Ist es gar der Versuch, den sogenannten Ballast der deutschen Frage abzuwerfen und nicht mehr vom geteilten Deutschland, sondern nur noch von zwei deutschen Staaten auszugehen?

Tun Sie dies bitte nicht vorschnell als Begriffsklauberei ab, denn mit Begriffen wird Politik gemacht. Und wenn wir dem langjährigen Vertreter der Bundesregierung in Ost-Berlin, Günter Gaus, folgen würden, dann müßte auch noch der Begriff der Nation aus dieser Debatte verbannt werden! Ich unterstelle der Bundesregierung nicht, daß sie dies will. Aber hüten wir uns davor, das Besondere dieser Debatte undeutlich werden zu lassen!

Denn heute — und das geschieht ja nur einmal im Jahr — geht es um die Nation im geteilten Deutschland und nicht um die Fortschreibung einer allgemeinen Regierungserklärung.

Die politische Lage, wie sie heute zwischen den beiden Staaten im geteilten Deutschland entstanden ist, gibt zu großer Besorgnis Anlaß. Die verschärfte Abgrenzungspolitik der SED hat die Lage in unserem geteilten Land wieder frostig werden lassen. Der Grundlagenvertrag und andere innerdeutsche Abkommen werden von der anderen Seite mißachtet, inhaltlich verdreht oder, um es mit den Worten von Egon Bahr zu sagen: „schrecklich durchlöchert“.

Es wäre jetzt leicht, in aller Ausführlichkeit nachzuweisen, daß die CDU/CSU vieles von diesen fatalen Entwicklungen warnend vorausgesehen und damit leider auch recht gehabt hat. Aber es geht uns nicht um Rechthaberei.

Uns geht es darum, die menschlichen Kontakte im geteilten Deutschland gegen alle Abgrenzungsversuche der DDR-Machthaber zu verteidigen.

Wir werden daher unseren Teil dazu beitragen, daß der Abgrenzungspolitik der anderen Seite keine freiwillige Abgrenzung bei uns entgegengesetzt wird. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir bereit wären, die destruktive Politik der SED einfach hinzunehmen. Vielmehr müssen flexible Reaktionsmöglichkeiten gefunden, der DDR in Aussicht gestellt und notfalls auch angewendet werden. Das betrifft den wirtschaftlichen und finanziellen Bereich ebenso wie Handlungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir reden keiner wie auch immer gearteten

Vergeltungspolitik das Wort, denn sie würde den innerdeutschen Beziehungen nicht nützen, sondern schaden.

Was wir aber fordern, ist eine Politik, die sich nicht immer wieder den Plänen der SED ausliefer, sondern die aktiv und — wenn es sein muß — auch offensiv unsere deutschlandpolitischen Interessen betont und zu einem bestimmenden Faktor der innerdeutschen Verhandlungen macht.

In den letzten Monaten reden wir ununterbrochen von Honeckers Plänen: den Grundvertrag nachzubessern, die Staatsangehörigkeit zu ändern — oder von seinen Handlungen: der Erhöhung des Zwangsumtauschs, der Reglementierung von Journalisten.

Wir wollen, daß im innerdeutschen Gespräch von unseren, den Vorlagen und Initiativen der Bundesrepublik Deutschland geredet wird, so geredet, daß sich auch der Osten mit ihnen auseinandersetzen muß.

Zu einem Zeitpunkt, da sich die SED starr abgrenzt, wäre es nicht nur sinnlos, sondern auch taktisch verfehlt, den DDR-Machthabern nachzulaufen. Vielmehr müssen sie mit allem Ernst auf die Konsequenzen ihrer Politik hingewiesen und vor die Alternative gestellt werden, ob sie eine Beibehaltung und Weiterentwicklung der Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen oder Rückschritte zum gegenseitigen Schaden wollen.

Die SED darf nicht den Eindruck gewinnen, daß sie ihre Abgrenzungspolitik folgenlos betreiben kann — daß sie den Zwangsumtausch verdoppeln, die menschlichen Begegnungen dadurch halbieren, ihre eigenen Bürger immer mehr einengen, aber unter dem Strich unverkürzt weiter abkassieren kann.

■ INFORMATION/ KOALITION

SPD-Spitzenpolitiker mit Kommunisten gegen NATO

Der Hamburger CDU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Echternach hat Teilen der Hamburger SPD eine zunehmende Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten vorgeworfen. Anlaß ist eine kommunistisch mitgesteuerte Unterschriftenaktion gegen den Nachrüstungsbeschuß der NATO. Wie in Hamburg bekannt wurde, haben nicht weniger als 22 Mitglieder der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion den Aufruf der Deutschen Friedens-Union zu einem Hamburger Forum am 24. April in der Universität mitunterzeichnet, das ist ein Drittel der gesamten Fraktion. Darunter befinden sich auch drei Mitglieder des Landesvorstands. Echternach sprach von einem „bisher in Hamburg einmaligen Zusammengehen von SPD-Spitzenpolitikern und Kommunisten“.

Bonner Friedensforum

In Bonn hat sich ein Bonner Friedensforum gegründet, dem Studenten der Bonner Universität angehören. Das Bonner Friedensforum beabsichtigt, in die aktuelle Diskussion um Nachrüstung und Sicherheitspolitik einzugreifen. Die Notwendigkeit hierzu ergebe sich daraus, daß an den bundesdeutschen Universitäten eine einseitige „Friedens“-Propaganda betrieben werde, die die legitimen Sicherheitsinteressen des Westens außer acht lasse.

Das Bonner Friedensforum bemüht sich um Kontakte zu Parteien, Jugendorga-

nisationen, Vereinigungen und Verbänden. Der Gründungsauftrag, in dem die wesentlichen Forderungen des Bonner Friedensforums zusammengefaßt sind, wird in diesen Tagen an rund 150 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit der Bitte um Unterzeichnung verschickt. Mittelfristig ist vorgesehen, mit Hilfe befreundeter Personen und Aktionsgruppen an anderen Universitäten ein Deutsches Friedensforum in der Bundeshauptstadt ins Leben zu rufen, das überregional für eine realistische Friedenspolitik auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte arbeiten soll.

Wachsamkeit bei Besuch von Breschnew

Besonnenheit, Wachsamkeit und Standhaftigkeit empfahl der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes, für den in Aussicht stehenden Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew in Bonn. Nach Ansicht des Unionsabgeordneten zielen die Sowjets bei der zeitlichen Plazierung des Gesprächswunsches Breschnews darauf ab, die deutsche Öffentlichkeit von den friedensfeindlichen Aktionen gegen Afghanistan, in der Aufrüstung, gegen Polen, in Libanon, in Afrika abzulenken und die Stimmungsmache gegen die USA weiter anzuheizen.

EP-Geschäftsordnung beschlossen

Nach ausführlichen Beratungen hat das Europa-Parlament die Revision der Geschäftsordnung angenommen. Mit der Neufassung, die entsprechend dem Bericht des Berliner CDU-Abgeordneten Rudolf Luster verabschiedet wurde, streben die europäischen Abgeordne-

ten an: Das Plenum kann sich durch Verweisung der mehr technischen Sachen an die Ausschüsse entlasten. „Vereinfachte Verfahren“ und „Verfahren ohne Bericht“ werden dem Plenum weitere Erleichterungen bringen. Die bisher wild wuchernden Dringlichkeitsdebatten werden nach Vorauswahl durch die Fraktionsvorsitzenden auf insgesamt drei Stunden pro Tagungswoche fixiert. Geschäftsordnungsdebatten werden in festere Bahnen gelenkt.

Lothar Haase neuer Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Kasseler Abgeordneten Lothar Haase zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages nominiert. Haase soll Nachfolger von Heinrich Windelen werden, der zum Bundestagsvizepräsidenten gewählt worden ist. Zum neuen Obmann der CDU/CSU im Haushaltsausschuß wurde anstelle Haases der CSU-Abgeordnete Erich Riedl gewählt. Sein Stellvertreter ist Manfred Carstens.

Gezielte Hilfen für arme Länder

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag für Hilfsmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder eingebracht. Hierzu erklärte der Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der CDU/CSU-Fraktion, MdB Volkmar Köhler (Wolfsburg): In den vergangenen Jahren hat CDU/CSU die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ihre Entwicklungshilfe verstärkt den ärmsten Entwicklungsländern zu leisten. Die Bundesregierung hat verbal die Forderung der Union

übernommen und ist in dieser Frage immer wieder mit neuen Erfolgszahlen an die Öffentlichkeit getreten. Auf Anfrage der CDU/CSU mußte sie jetzt zugeben, daß — soweit, nämlich bis 1979, gesicherte Zahlen vorliegen — von einer gezielten und kontinuierlichen Steigerung der Hilfe für die ärmsten Entwicklungsländer nicht die Rede sein kann.

Die bisherige Entwicklungshilfe hat die Lage der ärmsten Entwicklungsländer nicht entscheidend verbessern können. Die CDU/CSU wiederholt deshalb ihre Aufforderung an die Bundesregierung, den prozentualen Anteil der Entwicklungshilfe für die ärmsten Entwicklungsländer substantiell zu steigern.

Vorerst keine Entscheidung über Entschädigung für Elsässer

Der Haushaltsausschuß des Bundestages wird nach Darstellung von Generalsekretär Heiner Geißler in diesem Jahr über die Zahlung einer Entschädigung von 250 Millionen Mark an während des Zweiten Weltkrieges zur deutschen Wehrmacht zwangsrekrutierten Elsaß-Lothringer nicht mehr entscheiden. Dies ist ihm sowohl vom Obmann der Haushaltsgruppe der SPD als auch von der CDU mitgeteilt worden. Heiner Geißler, der CDU-Abgeordneter der Südpfalz ist, hatte an die Mitglieder des Ausschusses appelliert, eine Entscheidung so lange zurückzustellen, bis eine befriedigende Lösung in der Frage des seit Kriegsende von Frankreich faktisch annexierten Mundatwaldes und des unter französischer Zwangsverwaltung stehenden Grundeigentums deutscher Bürger im Elsaß erreicht werde (vgl. UID 10/81).

■ REGIERUNG/OPPOSITION

Heiner Geißler: Die Union muß sich vor verkehrten Fronten hüten

Die Union muß aufpassen, daß sie nicht eine falsche politische Arbeitsteilung übernimmt, stellt Heiner Geißler fest. Die Union gerät in eine fehlerhafte und falsche strategische Lage, wenn sie durch einseitige Äußerungen den Eindruck erweckt, als fordere sie dazu auf, zum Beispiel mit Hartgummi-Geschossen und Tränengas die bestehenden politischen Verhältnisse zu verteidigen, während gleichzeitig die SPD die gesellschaftspolitischen Mißstände anprangert, die sie selber zu verantworten hat und die zum großen Teil die Ursache für den Protest vieler junger Menschen sind.

Die auch von einem Teil der Publizisten unterstützte und propagierte „Arbeitsteilung“ sieht dann so aus, daß die Union sich für die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit gegenüber gewalttätigen Demonstranten und Hausbesetzern einsetzt, während die Sozialdemokraten mit den Hausbesetzern sympathisieren und den Protest gegen die Wohnungsnot mitorganisieren.

Oder: die Union verteidigt den von der SPD/FDP-Regierung mitbeschlossenen Nachrüstungsbeschluß der NATO, während Sozialdemokraten gemeinsam mit moskautreuen kommunistischen und anderen Gruppierungen zu Demonstrationen gegen denselben NATO-Beschluß aufrufen.

So entstehen völlig verkehrte Fronten,

die den Bürger verwirren, weil sie ihm den Eindruck vermitteln, daß die Opposition die Geschäfte der Regierung besorgt und ihre Ziele vertritt, während sich die Regierungsparteien als die eigentliche Opposition gegenüber der eigenen Regierung profilieren.

Die Union darf dieses falsche Spiel nicht mitmachen und nicht zulassen, daß die politische Verantwortung verschwimmt wird. Der Wahrheit muß eine Gasse geschlagen werden: Wer für den NATO-Beschluß ist, ist für den Frieden und nicht umgekehrt; wer für den Rechtsstaat eintritt, ist gegen den Polizeistaat und nicht umgekehrt.

Den jetzt 18- bis 20jährigen ist als Kindern in den späten 60er und 70er Jahren gesagt worden, alles sei machbar, die wirtschaftliche Entwicklung sei unbegrenzt, Demokratie fange überhaupt erst an, die Vollbeschäftigung könne vom Staat garantiert werden, der Friede sei für immer und ewig garantiert, und das Neue sei immer besser als das Alte.

Und nun erleben sie als junge Erwachsene den Zusammenbruch dieser Vorstellungen. Sie erleben konkret Arbeitslosigkeit, Einschränkung der freien Beaufwahl, Angst vor der Zukunft, Angst vor der Zerstörung der Umwelt, verbunden mit einer tiefen Hoffnungslosigkeit über Reformvorstellungen und Reformversprechungen. Dies alles bringt viele junge Menschen dazu, nur noch in der Auflehnung eine angemessene Reak-

tion gegen eine solche „Ordnung“ zu sehen, die ja in Wirklichkeit die größte soziale und wirtschaftliche Unordnung ist, die dieses Volk seit 1948 erlebt.

Die vier großen konjunkturpolitischen Ziele, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind heute gleichzeitig in ihr negatives Gegen teil verkehrt. Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist nahezu zum Erliegen gekommen. Bis 1985 suchen neben den jetzt schon vorhandenen 1,2 Millionen Arbeitslosen zusätzlich 1,5 Millionen junge Menschen aus den geburten starken Jahrgängen einen Arbeitsplatz. Und 1,3 Millionen Studenten werden sich um die 800 000 vorhandenen Studienplätze schlagen müssen.

Die Union ist nicht dazu da, die von SPD und FDP verursachten Fehlentwicklungen, die auch von SPD und FDP zu verantworten sind, zu verteidigen. Die Union steht an der Seite derjenigen, die berechtigt und gewaltfrei gegen die Mißstände protestieren, die in der Bundesrepublik Deutschland eingerissen sind und für die immer weniger Menschen Verständnis haben.

Wir wollen die jetzigen Zustände durch eine andere Politik verändern. Wir wissen, was wir anders machen würden, wenn wir an der Regierung wären. Wir würden zum Beispiel die Investitions- und Innovationskräfte, die aus politischen und ideologischen Gründen brachliegen, freisetzen: zum Beispiel in der Kernenergie 30 Milliarden Mark, im Bausektor zirka zehn Milliarden Mark, bei den neuen Medien und der heute schon möglichen Verkabelung — vom Bundeskanzler gestoppt — ein Investitionswert, von dem die Bundespost sagt, daß er umgerechnet 30 000 Arbeitsplätzen entspreche.

■ ENERGIE

Antrag der CDU/CSU zur Förderung von Sparmaßnahmen

In ihren insgesamt mageren Beschlüssen hat das Bundeskabinett in seiner Sitzung am 8. April 1981 u. a. die Ministerien Finanzen, Wirtschaft und Wohnungsbau beauftragt, bald mit den Ländern über eine Anschlußregelung für das 4,35-Mrd.-DM-Programm zur Förderung heizenergiesparender Maßnahmen zu verhandeln. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Deutschen Bundestag bereits einen umfassenden Antrag zur Umstrukturierung des Programms zur Förderung solcher Sparmaßnahmen eingebracht und mit den Ländern abgestimmt.

Nachfolgend erläutert der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Heinz Riesenhuber, diesen Antrag: Das noch laufende Programm zur Förderung heizenergiesparender Maßnahmen von 1978, das sogenannte 4,35-Mrd.-DM-Programm, hat sich nicht bewährt. Zu über 90 % wurden konventionelle Wärmedämmungsmaßnahmen subventioniert, der Einsparungseffekt insgesamt war vergleichsweise gering. Die Förderung neuer Technologien hat nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Hinsichtlich neuer Energietechnologien, bei denen die Investitionskosten hoch sind, wurde kaum Anreiz geschaffen. Bei der Abwicklung des Programms traten eine ganze Reihe von

Mängeln auf, die die Wirksamkeit des Programms weiter verschlechterten.

Die energiewirtschaftliche Situation wird sich in den nächsten Jahren kaum entspannen. Zur Sicherung unserer Energieversorgung müssen alle Energieträger und alle Energieeinsparungsmöglichkeiten herangezogen werden, soweit sie in ihren Wirkungen auf die Umwelt verantwortbar und in der Sicherheit beherrschbar sind, und soweit sie Aussicht auf langfristige Wirtschaftlichkeit bieten. Hierbei können regenerative Energien einen Beitrag leisten. Sie sind daher zu fördern.

Ziel des Antrages der CDU/CSU ist es, von einer unspezifischen und wenig wirksamen Förderung konventioneller Techniken überzugehen auf eine gezielte Unterstützung neuer Technologien. Die möglichst zügige Durchsetzung dieser neuen Energietechniken im Markt ist vordringlich. Sie erlangen damit in der praktischen Erprobung ihre technische Reife, was wiederum ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit im Markt beschleunigt.

Die beengte Haushaltsslage erlaubt es nicht, große neue Programme aufzulegen, wie dies für die neuen Energien eigentlich wünschenswert wäre, nachdem heute die Zeit drängt. In den vergangenen Jahren wurde durch die Bundesregierung nicht nur kostbare Zeit durch Untätigkeit vergeudet; es wurde von der Koalition auch versäumt, die damals reichlicher vorhandenen Haushaltsmittel mit angemessenen Prioritäten einzusetzen.

Um im Rahmen der heutigen finanziellen Möglichkeiten die neuen, sanften Energien so nachdrücklich wie nur möglich zu fördern, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, das Programm zur Förde-

rung heizenergiesparender Maßnahmen gemäß den Grundsätzen des vorliegenden Antrages umzustrukturieren und hierzu umgehend und zügig Verhandlungen mit den Bundesländern zu führen.

Darüber hinaus ist in Abstimmung zwischen Bund und Ländern ein zügiger Ausbau der Fernwärme in den geeigneten Gebieten durchzuführen.

Innerhalb der Förderung, sowohl von neuen Energietechniken wie auch von Fernwärme, sollen auch Verfahren zur Gewinnung von Heizwärme aus Wärme-Kraft-Kopplung, aus Müllverbrennung, mit neuen Kohlefeuerungstechniken und aus Abwärme unterstützt werden. Dies ist im Interesse der Energieeinsparung, des Umweltschutzes, der Ölsubstitution und einer sicheren und preiswerten Energieversorgung erforderlich.

Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, sind die sanften Energietechniken für die mittelständische Wirtschaft eine besondere Herausforderung und Chance.

Ein Programm, das knapper werdende Energiesträger durch neue Technik und Kapital ersetzt, kann innovatorische Anstöße verstärken und Wachstumsmotor sein, den wir für die Wirtschaft und Arbeitsplätze brauchen.

Die Kosten des Programms liegen im Rahmen der seitherigen Programme: Zwar werden im CDU/CSU-Antrag Förderungssätze im Einzelfall erhöht, jedoch werden die Mittel spezifisch und wirksam eingesetzt, d. h. auf neue Techniken sowie die Fernwärme konzentriert. Wir erwarten, daß durch eine derartige Initialzündung die rationelle und sparsame Verwendung von Energie wesentlich stärker gefördert wird als bisher und der Volkswirtschaft neue Impulse, auch auf dem Beschäftigungssektor, gibt.

JUGEND

Protest ist Ausdruck enttäuschter Hoffnungen durch SPD- und FDP-Politik

Viele Jugendliche scheinen den Politikern immer weniger zutrauen, Wege zur Selbstverwirklichung und Zukunftsgestaltung zu zeigen. Spontane Streiks, Krawalle und andere Formen des Protestes, am deutlichsten derzeit bei den Wohnungsbesetzungen, weisen darauf hin.

Wir müssen feststellen, so MdB Hermann Kroll-Schlüter, daß sich gerade bei diesen Aktionen berechtigtes Bedürfnis, aufgestauter Unmut und eine latente Protesthaltung vieler Jugendlicher mischen mit krimineller und terroristischer Unterwanderung und Steuerung. Deshalb muß klar sein, daß derjenige, der Gewalt gegen Personen oder Sachen anwendet, bestraft wird. Insofern sind die Jugendkrawalle auch eine justizpolitische Frage.

Wer sie jedoch auf diesen Aspekt beschränkt, greift zu kurz; denn vieles spricht dafür, daß es sich um die Frage nach der grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von junger Generation und Gesamtgesellschaft handelt.

— Jugendlicher Protest ist Folge einer emanzipatorischen Pädagogik, die SPD und FDP seit zwölf Jahren forcieren haben. Deren Kennzeichen sind allgemeines Protestverhalten, Abwendung vom Leistungsprinzip, die Therapeutisierung der menschlichen Beziehungen, Selbst-

verwirklichung durch Bedürfnisbefriedigung.

— Jugendlicher Protest ist Ausdruck enttäuschter Hoffnungen durch die SPD/FDP-Politik. Deshalb bringen Anbiederungsversuche der Politiker vielleicht kurzfristige Sympathieerfolge, lösen das Problem aber nicht.

Wer die Zukunftschancen der Jugend sichern will, darf nicht bei ihren materiellen Voraussetzungen stehenbleiben. So wichtig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mehr Ausbildungsplätze, eine bessere Erziehung und soziale Sicherung sind — dies alles wäre eine verkürzte Lebensauffassung, die die Zukunft der jungen Generation nur unter materiellem Aspekt betrachtet.

Die wichtigste politische Aufgabe der kommenden Jahre liegt in der Förderung der Bindungs- und Entscheidungsfähigkeit junger Menschen. In der Familie, in der Schule, in vielen anderen Lebensbereichen müssen junge Menschen wieder erfahren können, daß es ohne Bindung an Werte, an Ziele und Aufgaben nicht geht. Wir brauchen ein geistiges Klima, in dem wieder ja gesagt wird zu personellen Werten wie Treue, Einsatzbereitschaft, Idealismus, Opferbereitschaft, Nächstenliebe, Pflichtbewußtsein und auch Liebe zum Vaterland. In dieser Perspektive müssen Politiker vorbildlich sein.

Die jungen Menschen wollen vom Staat nicht wie von einem Sozialtherapeuten behandelt werden. Sie wollen aktiv und verantwortlich an der Lebensgestaltung mitwirken. Dazu müssen sie Ziele erkennen können: das der nationalen Einheit, das eines freien Europas, das einer freien Wirtschaft, das der Selbstständigkeit und Verantwortung, das der Solidarität, das Ja zur Familie, das Ja zur humanen Leistung.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Parteitagsrede von Heiner Geißler

„Der Jugend Hoffnung geben“



Rede auf dem
29. Bundesparteitag
der CDU
am 9./10. März 1981
in Mannheim

CDU
II sicher
sozial
und frei

In seiner richtungweisenden Rede auf dem 29. Bundesparteitag der CDU in Mannheim zeigt Heiner Geißler auf, wie in den kommenden Jahren die Mehrheit der jungen Wähler für die Politik der Union zurückgewonnen werden kann. Wenn die CDU diese Jungwähler gewinnen will, muß sie zunächst einmal erkennen, daß sich in unserer Gesellschaft und in unserem Staat Mißstände entwickelt haben, für die immer

mehr Jugendliche immer weniger Verständnis haben und die auch zu gewalttäglichen Protesten radikaler Minderheiten führen. **Die Mehrheit der Jugendlichen will eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme:** Seien es die leerstehenden Wohnungen, die Fragen zum Wehr- bzw. Ersatzdienst, die Folgen eines reformierten Bildungssystems, sei es das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, der Angst vor der Zerstörung der Umwelt oder auch die tiefe Enttäuschung über Reformvorstellungen und Reformversprechungen. Die CDU kann sich nicht damit zufriedengeben, darauf hinzuweisen, daß für diese Mißstände die SPD die Hauptverantwortung trägt. Es ist vielmehr Aufgabe der CDU, einer ernüchterten Jugend wieder aufrichtige Ziele und eine berechtigte Hoffnung für ihr Leben zu geben. „**Wir brauchen eine Renaissance der Hoffnung.** Hoffnung gegen die Resignation, den Pessimismus, die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum, Stillstandsphilosophie und Stagnationstheorie. Kurz: Hoffnung gegen den modischen Kulturpessimismus, der der Jugend kein Ziel mehr bietet und ihre Kräfte lähmmt.“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 42,— DM
Bestell-Nr.: 3240

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 6398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Kein großer Wurf

Man habe nicht ein konjunkturpolitisches Strohfeuer entfachen, sondern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf längere Sicht verbessern wollen. Mit diesem Hinweis verteidigte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die mageren Beschlüsse, zu denen sich das Bundeskabinett (am 8. April 1981) aufgerafft hat. Es war von vornherein klar, daß keine staatlichen Ausgabenprogramme gestartet werden sollten, die nur die Inflation angeheizt, nicht aber Arbeitsplätze gesichert hätten. Aber eine etwas großzügige Ermunterung privater Unternehmen, mit Modernisierungsinvestitionen sich dem Strukturwandel anzupassen, hätte man schon erwarten dürfen, zumal es an entsprechenden Ankündigungen nicht gefehlt hat.

In der Not einigte man sich auf eine Minilösung, an der Bundeskanzler Schmidt und seine Minister nicht viel Freude haben werden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Roth und seine Genossen sind mit

ihren weitergehenden Vorschlägen abgeschmettert worden. Der Unmut im Gewerkschaftslager läßt sich leicht erahnen. Auch die Wirtschaft und die Bundesbank können nicht begeistert sein. Am Ende bleibt nur die Ausführung einer Idee übrig, die der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing dem Kanzler im elsässischen Bläsheim beim Abendessen erläutert hat. Sie trägt durchaus dirigistische Züge, wie sie aus französischer Sicht nicht ungewöhnlich sind, den deutschen Partner aber hätten stutzig machen sollen.

Rheinische Post, 9. 4. 1981

Einer mächtigen Ouvertüre mit viel Blech folgt ein aktionistischer Einakter. Das Regierungsprogramm zur Förderung des Wirtschaftswachstums ist der große Wurf nicht, enthält sogar einiges schwerwiegende Mängel. Wenn der Bund über die Deckadresse einer von ihm abhängigen Bank im Ausland mehr als sechs Milliarden Mark pumpt, um damit hierzulande die Investitionen zu fördern, so ist der Kapitalimport begrüßenswert, aber die wachsende Auslandsverschuldung mit entsprechenden Zinsverpflichtungen nicht ohne Probleme. Das Stichwort vom Schattenhaushalt macht die Runde.

Die Welt, 9. 4. 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD